

H 010 DGB-Bezirksvorstand Nord

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Erledigt bei Annahme von Antrag H 009

Keine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes!

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der 19. Ordentliche Bundeskongreß des DGB möge beschließen:

Der DGB bekennt sich zu einem wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz und lehnt alle Vorschläge zu seiner Einschränkung ab. Wir fordern alle politischen Akteure auf, gemeinsam mit uns zu verhindern, dass z.B.

- das Züchtigungsverbot aus dem Gesetz gestrichen wird,
- die Ruhepausen gekürzt werden,
- die Nachtruhe durch längere oder früher beginnende Arbeitszeiten eingeschränkt wird,
- Samstags- und Sonntagsarbeit ausgeweitet wird.

Dazu sind alle Ebenen des DGB aufgefordert, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, mit dem Ziel, Unkenntnis abzubauen und die Gesellschaft für die Wichtigkeit des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu sensibilisieren und im Interesse der Jugendlichen direkt und indirekt (z.B. über zuständige Ministerien / Bund und Ländern einzuwirken).

Weiterhin hat der DGB hat darauf hinzuwirken, dass die Arbeitsbedingungen auch für die über 18jährigen deutlich verbessert werden.

Es darf keine Bereiche, Branchen und Gesetze geben, wo das JArbSchG nicht gilt oder ausgehebelt wird. Die Öffnungsklauseln aus dem JArbSchG sind weitestgehend zu streichen.